

Inhaltsübersicht

Einführung

Robert Chr. van Ooyen

Das Bundesverfassungsgericht im Politikfeld Öffentliche Sicherheit:
Von ‚Schleyer‘ zu ‚Luftsicherheit‘, von ‚Out-of-Area‘ zu
‚Parlamentsvorbehalt‘ ‚Bundeswehreinsatz‘ G8-Gipfel‘

Grundrechte

Martin H. W. Möllers

Die Diskussion über die Menschenwürde und das Urteil des
Bundesverfassungsgerichts zum ‚Großen Lauschangriff‘

Hans Peter Bull

Grundsatzentscheidungen zum Datenschutz bei den
Sicherheitsbehörden: Rasterfahndung, Online-Durchsuchung,
Kfz-Kennzeichenerfassung und Vorratsdatenspeicherung in der
Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts

Martin H. W. Möllers

Entscheidungen des BVerfG zur Versammlungsfreiheit zwischen
‚Rechtsprechungstradition‘, ‚Zeitgeist‘ und ‚Staatsräson‘

Martin H. W. Möllers

‚Ein vom Elend der Welt unbeschwertes Gemüt des Bürgers ist kein
Belang, zu dessen Schutz der Staat Grundrechtspositionen einschrän-
ken darf – Zur Stärkung des Demonstrationsrechts in Flughäfen und
Bahnhöfen durch das Bundesverfassungsgericht

Martin H. W. Möllers

Der Bielefeld-Beschluss des Bundesverfassungsgerichts im Lichte von ‚Wunsiedel‘: Zum Sonderrecht bei Meinungsäußerungen von Rechtsextremisten

Robert Chr. van Ooyen

Der Brokdorf-Beschluss (1985) und die andere Demokratietheorie des Bundesverfassungsgerichts – Das Pluralismuskonzept des Ersten Senats (Kelsen und Popper / Hesse und Häberle) als Alternative zum Legitimationsketten-Modell (Schmitt und Böckenförde)

Robert Chr. van Ooyen

(K)ein Kopftuch für Polizistinnen? Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts aus pluralismustheoretischer Sicht

Martin H. W. Möllers

‚all cops are bastards‘: Beleidigung oder nicht Beleidigung, das ist hier die Frage – Zum Beschluss der 3. Kammer des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts vom 17.5.2016

Martin H. W. Möllers

‚Erhebliches Vollzugsdefizit‘ bei den Absprachen im Strafprozess – Das Bundesverfassungsgericht segnet grundsätzlich den Deal im Strafprozess ab

Inhalt

Vorwort	17
---------	----

Einführung

Robert Chr. van Ooyen

Das Bundesverfassungsgericht im Politikfeld Öffentliche Sicherheit:

Von ‚Schleyer‘ zu ‚Luftsicherheit‘, von ‚Out of Area‘ zu ‚Parlamentsvorbehalt ‘Bundeswehreinsatz‘ G8-Gipfel‘	21
--	----

1	Grundpositionen in der aktuellen Sicherheitsdebatte	21
2	Die beiden sicherheitspolitischen Grundlinien in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	24
2.1	Bundesverfassungsgericht und innere Sicherheit	25
2.2	Bundesverfassungsgericht und äußere Sicherheit	28
3	‚Einsatz‘ der Bundeswehr beim G8-Gipfel und Parlamentsvorbehalt?	30
3.1	Umfang und Art der Beteiligung der Bundeswehr	30
3.2	Bewertung von Regierung und Opposition	31
3.3	Klage Bündnis 90 / Die Grünen und Entscheidung Bundesverfassungsgericht	33

Grundrechte

Martin H. W. Möllers

Die Diskussion über die Menschenwürde und das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum ‚Großen Lauschangriff‘	39
1 Ausgangslage: Internationaler Terrorismus und das ‚Grundrecht auf Sicherheit‘	39
2 Zur Frage der Unantastbarkeit der Menschenwürde in Kommentierungen des Grundgesetzes	42
2.1 Die Unantastbarkeit der Menschenwürde nach Dürig	43
2.2 Die Unantastbarkeit der Menschenwürde nach Herdegen	46
3 Wertungs- und Abwägungsoffenheit bei Grundrechten, bei denen die Menschenwürde eine besondere Bedeutung einnimmt	49
3.1 Wertungs- und Abwägungsoffenheit bei der Unantastbarkeit der Menschenwürde im Zusammenhang mit Misshandlungen zur Aussageerzwingung bei der Polizei	49
3.1.1 Untersuchung der theoretischen Beispiele in Bezug auf präventiv-polizeiliche Folter zur Gefahrenabwehr	50
3.1.2 Konsequenzen für die Polizei, wenn präventiv-polizeiliche Folter zur Gefahrenabwehr gesellschaftlich anerkannt wäre	51
3.1.3 Plädoyer für ein absolutes Folterverbot – auch präventiv-polizeilich zur Gefahrenabwehr	52
3.2 Zum Verhältnis Menschenwürde und ‚Lauschangriff‘ in Rechtsprechung und Lehre	52
3.2.1 Menschenwürde und Abhörmaßnahmen in Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts	53

3.2.2	Menschenwürde und Abhörmaßnahmen in der politischen Diskussion bis zur Gesetzesänderung	56
3.3	Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum ‚Großen Lauschangriff‘	58

Hans Peter Bull

	Grundsatzentscheidungen zum Datenschutz bei den Sicherheitsbehörden – Rasterfahndung, Online-Durchsuchung, Kfz-Kennzeichenerfassung und Vorratsdatenspeicherung in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	67
1	Die Entscheidungen im Überblick	67
1.1	Rasterfahndung nur bei konkreter Gefahr	68
1.2	Begrenzung der Online-Durchsuchung: Das ‚Computer-Grundrecht‘	69
1.3	Unbestimmtheit der Vorschriften über die automatisierte Kennzeichen-Erfassung	70
1.4	Die Vorratsspeicherung von Telekommunikations-Verkehrsdaten	71
1.5	Zusammenhang mit früheren Entscheidungen	73
2	Die wesentlichen Ansätze der Kritik	75
2.1	Allgemeine Einschätzung der Entscheidungen	75
2.2	Die Datenschutzdogmatik in der Entwicklung	79
2.2.1	Ein neues Grundrecht?	79
2.2.2	‚Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme‘ als grundrechtliches Schutzgut	80
2.2.3	Die Wirkungsweise des ‚Computer-Grundrechts‘	81
2.2.4	Lückenhaftigkeit des bisherigen Grundrechtsschutzes?	81
2.2.5	Informationelle Selbstbestimmung als Selbstzweck?	82

2.3	‚Einschüchterung‘ als Kernproblem?	84
2.4	Der Eingriffsbegriff und die Eingriffsschwere	87
2.5	Zu geringes Gewicht von Strafverfolgung und Gefahrenabwehr	88
2.6	Die Inpflichtnahme der Telekommunikationsdiensteanbieter	91
3	Rasterfahndung	92
3.1	Rechtstreue der Staatsorgane, Selbstbewusstsein der Bürger?	92
3.2	Das Verfassungsgericht als Vormund des Gesetzgebers	94
4	Folgerungen für Politik und Verwaltung	95
4.1	Beruhigung der Öffentlichkeit durch neue Datenschutzgesetze?	95
4.2	Rechtlicher Schutz gegen unangenehme Gefühle?	96
4.3	Mehr Offenheit!	96
4.4	Die Diskussion geht weiter – aber wie?	97

Martin H. W. Möllers

	Entscheidungen des BVerfG zur Versammlungsfreiheit zwischen ‚Rechtsprechungstradition‘, ‚Zeitgeist‘ und ‚Staatsräson‘	99
--	---	----

1	Die Grundrechts-Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	99
2	Die Demonstrations- und Versammlungsfreiheit in der vorkonstitutionellen deutschen Tradition	100
3	Der Brokdorf-Beschluss als Grundsatzentscheidung des Bundesverfassungsgerichts	102

3.1	Die Versammlungsfreiheit als demokratisches Teilhaberecht	104
3.2	Verfassungsrechtliche Anforderungen an Beschränkung, Verbot und Auflösung einer Versammlung	106
3.3	Kritische Würdigung des Brokdorf-Beschlusses	109
4	Die Folgewirkungen des liberalen Brokdorf-Beschlusses auf aktuelle Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zur Versammlungsfreiheit	110
4.1	Die aktuelle Entscheidung des BVerfG zur Aufhebung eines Versammlungsverbots	111
4.2	Die Änderung des Versammlungsgesetzes	113

Martin H. W. Möllers

	„Ein vom Elend der Welt unbeschwertes Gemüt des Bürgers ist kein Belang, zu dessen Schutz der Staat Grundrechtspositionen einschränken darf“ – Zur Stärkung des Demonstrationsrechts in Flughäfen und Bahnhöfen durch das Bundesverfassungsgericht	115
1	Die Ausgangslage der gerichtlichen Entscheidung	115
2	Die Leitsätze	116
2.1	Erweiterung der unmittelbaren Grundrechtsbindung auf gemischtwirtschaftliche Unternehmen in Privatrechtsform	116
2.2	Weitergehende Einschränkungen der Versammlungsfreiheit in Abfertigungshallen von Flughafengebäuden	120

3	Keine Begrenzung des Schutzbereichs der Meinungsfreiheit auf öffentliche, der Kommunikation dienende Foren	121
4	Prognosen aus dem Urteil	123

Martin H. W. Möllers

	Der Bielefeld-Beschluss des Bundesverfassungsgerichts im Lichte von ‚Wunsiedel‘: Zum Sonderrecht bei Meinungsäußerungen von Rechtsextremisten	127
1	Einleitung	127
2	Die Entscheidungsbedeutung des Wunsiedel-Beschlusses	129
3	Der Bielefeld-Beschluss im Lichte von ‚Wunsiedel‘	133
4	Quintessenz und Ausblick	135

Robert Chr. van Ooyen

	Der Brokdorf-Beschluss (1985) und die andere Demokratietheorie des Bundesverfassungsgerichts. Das Pluralismuskonzept des Ersten Senats (Kelsen und Popper / Hesse und Häberle) als Alternative zum Legitimationsketten-Modell (Schmitt und Böckenförde)	137
1	Die doppelte rechtspolitische Bedeutung: Versammlungsrecht und Demokratieprinzip	137
2	‚Brokdorf‘ als entgrenzte Demokratisierung ‚von oben‘	139
3	Demokratie ist ‚pluralistisch‘: Hesse / Häberle und der ‚neue‘ Smend	140
4	Poppers ‚offene Gesellschaft‘ und Kelsens pluralistische Demokratietheorie	144

5	Mit ‚Brokdorf‘, Kelsen und Häberle zurück in die Zukunft	146
---	---	-----

Robert Chr. van Ooyen

	(K)ein Kopftuch für Polizistinnen? Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts aus pluralismustheoretischer Sicht	149
--	--	-----

1	Fraenkels Neo-Pluralismus	151
2	‚Kopftuch-Entscheidung‘ und Polizeiuniform	154
2.1	Hintergrund der ‚Kopftuch-Entscheidung‘	154
2.2	Mehr pluralistische Demokratie im öffentlichen Dienst wagen?	156
2.3	Schlussfolgerungen für die Polizei	158

Martin H. W. Möllers

	‚all cops are bastards‘: Beleidigung oder nicht Beleidigung, das ist hier die Frage – Zum Beschluss der 3. Kammer des Ersten Senats des BVerfG vom 17.5.2016	161
--	---	-----

1	Ausgangssachverhalte	161
2	Fragestellung und Lösung der Fachgerichte	162
3	Beschlussbegründung des BVerfG	165
4	Kritische Anmerkungen	169

Martin H. W. Möllers

	„Erhebliches Vollzugsdefizit“ bei den Absprachen im Strafprozess – Das Bundesverfassungsgericht segnet grundsätzlich den Deal im Strafprozess ab	171
1	Ausgangslage: Zur Entwicklung der Absprachen im Strafprozess	171
2	Erster Grund zur Notwendigkeit von Absprachen im Strafprozess: Überlastung	173
3	Zweiter Grund zur Notwendigkeit von Absprachen im Strafprozess: Richterbewertung	175
4	Dritter Grund zur Notwendigkeit von Absprachen im Strafprozess: Anwaltsmissbrauch	178
5	Bewertung des Urteils	180
5.1	Zweifel an den grundrechtlichen Prüfungsmaßstäben	180
5.2	Der Vollzug des verfassungsgemäßen Verständigungsgesetzes ist defizitär	181
6	Dokumentation der Kritik an den Fachgerichten	183
	Hinweise zu den Autoren	187